

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/166

1. September 1971

Jetzt noch Währungsunion?

Notwendige Bemerkungen zu einem aktuellen Thema

Von Walter Behrendt SPD-MdB  
Präsident des Europäischen Parlaments

Seite 1 und 2 / 94 Zeilen

NATO wünscht schnelle Regelung

Vor den innerdeutschen Verhandlungen besonderer Art

Seite 3 und 4 / 55 Zeilen

Erschreckendes Ergebnis

Umfrageergebnis unter berufstätiger Jugend alarmiert die Öffentlichkeit

Seite 5 und 6 / 52 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Hausallee 2-10  
Postfach: 8153  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 90 37-38  
Telex: 886 845 898 647/  
388548 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 68 11

Jetzt noch Währungsunion?  
-----

Notwendige Bemerkungen zu einem aktuellen Thema

Von Walter Behrendt SPD-MdB

Präsident des Europäischen Parlaments

An der währungspolitischen Lage, in die wir mitten in der Sauregurkenzeit hineingschlittert sind, überrascht vor allem, daß offenbar so viele von ihr überrascht wurden.

Was ist eigentlich passiert? Es ist genau das eingetroffen, was zahlreiche Beobachter seit langem prophezeiten, nämlich das Eingeständnis der Amerikaner, daß sie sich mit der Rolle des Dollars übernommen haben. Der Zeitpunkt dieses Eingeständnisses kann ebenfalls nicht überraschen: Er liegt ein gutes Jahr vor den nächsten amerikanischen Wahlen und kurz nach dem eindeutigen Beweis - durch die rasch steigenden Importe der USA im ersten Halbjahr 1971 -, daß ein freundliches Stillhalten der Handelspartner gegenüber dem Dollar durch Verzicht auf Goldeintausch diesen allein nicht mehr retten kann, sondern daß sich seine Überbewertung nunmehr auch in klassischen Symptomen auf dem amerikanischen Markt selbst abzeichnet. Da man andererseits wußte, daß Nixon auf keinen Fall die Goldparität des Dollars ändern, also einfach abwerten würde, hatte man eigentlich schon die wichtigsten Daten beisammen, die eine Vorbereitung auf die jetzige Lage ermöglicht hätten.

Und dennoch sind wir Europäer in diese Krise hineingeschlittert. Vor allem wir Europäer, die wir in der EWG, zumal der demnächst erweiterten, ein ausgezeichnetes Instrument hätten, um mit genügendem Gewicht internationale Währungspolitik zu machen. Spätestens mit der ergebnislosen Ministerratssitzung vom 19. August ist jedoch jedem klargeworden, daß dieses Instrument gegenwärtig nicht funktioniert, d.h. nicht in der Lage ist, die offenbar notwendigen Beschlüsse zu fassen.

Woran liegt das? Gewiß nicht an dem schlechten Willen der Beteiligten, obwohl auch das Bewußtsein um die Wichtigkeit einer verbindlichen und nicht-gereizten Konferenzatmosphäre zum diplomatischen Geschäft gehören sollte. Als Hauptursache des Nichterfolgs - von einem Scheitern sollte man nicht sprechen, denn ein abschließendes Ergebnis war kaum zu erwarten - muß vielmehr die merkwürdige und unproduktive Arbeitsweise unserer europäischen Minister genannt werden, die ständig im heimatlichen Rahmen, also in ihren Hauptstädten, Politik definieren, um dann mit festgefügtten Vorstellungen und oft ohne ausreichenden materiellen und psychologischen Verhandlungsspielraum in schlecht vorbereitete Konferenzen zu gehen. Bei dieser Arbeitsweise, die ich bei anderer Gelegenheit als "Dialog nationaler Egoismen" gekennzeichnet habe, überrascht nicht so sehr der Fehlschlag, sondern die Tatsache, daß ab und zu trotzdem noch brauchbare Ergebnisse erzielt werden. Das Schlechteste, was man in dieser Lage tun könnte, wäre deshalb, mit ungenügend vorbereiteten Konferenzen noch eine politische Stufe höher zu ge-

nen und die Regierungschefs der Wahrscheinlichkeit eines ausbleibenden Erfolges auszusetzen.

Um zu einem echten europäischen Dialog zu gelangen, bedarf es vor allem der Offenheit, wie sie unter Freunden üblich sein sollte. So nützt es nichts, vornehm zu schweigen, daß der eine etwas mehr Gold besitzt, das bei einer Abwertung des Dollars an Wert gewänne, und daß der andere darüber hinwegsieht, daß seine starke Währung bei dem von ihm eingereichten Vorschlag, dem gemeinsamen Floating der EWG-Währungen nach außen, vielleicht doch in die Rolle eines europäischen Mini-Finanziers gedrängt werden könnte. Sind diese Dinge so peinlich, daß man sie nicht zum Konferenzthema erheben kann? Ich meine, das genaue Gegenteil ist der Fall, und das Verschweigen nationaler Interessen, die doch ganz natürlich mit im Spiel sind, verfälscht - fast ist man geneigt zu sagen: vergiftet - die sachliche Auseinandersetzung.

Die Preisfrage, die sich dabei für die Gemeinschaft über die aktuelle Krise hinaus stellt, ist selbstverständlich diejenige nach der Währungsunion. Sind die im Frühjahr beschlossenen Stufenpläne nicht Makulatur? Die Gefahr besteht in der Tat, daß bei einem endgültigen Nichtzustandekommen einer gemeinschaftlichen Haltung zu den internationalen Währungsfragen auch die interne Währungsunion der Sechs oder der künftigen Zehn auf dem Papier bleibt. Es besteht jedoch auch die entgegengesetzte Gefahr, daß man jetzt aus der Panik der aktuellen Krise heraus zu ehrgeizig die sechs Währungen vorschnell zusammenschweißt, ohne auf die Kräfte zu achten, die die Stärke oder die Schwäche einer Währung bestimmen. Geldwert und volkswirtschaftliches Wachstum verschiedener Länder lassen sich nicht durch mechanistische Währungsregelungen harmonisieren; bleiben sie so unterschiedlich wie bisher, werden die Schweißnähte einer zu frühen Währungsunion schnell unter den wachsenden Spannungen auseinanderplatzen. Mit anderen Worten: Währungsunion ohne Wirtschaftsunion ist gefährlicher Unsinn.

Wer bereit ist, dies anzuerkennen, muß allerdings noch einen Schritt weitergehen. Er muß dafür eintreten, daß die Plandaten der wirtschaftlichen Entwicklung der Gemeinschaft endlich effektiv harmonisiert werden, daß sich die politischen Kräfte über Prioritäten einigen und daß alle Beteiligten, also auch die Sozialpartner, sich an diese gemeinsamen Prioritäten halten. Betrachtet man das gegenwärtige Szenarium, nämlich national orientierte Regierungen, die völlig autonom volkswirtschaftliche Programme in erster Linie mit Blick nach innen und dabei auch auf den nächsten Wahltermin verwirklichen; weiterhin national organisierte Parteien, die sie nach eben denselben Gesichtspunkten unterstützen oder bekämpfen; und schließlich national aufgebaute Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, die beide mit wenigen Ausnahmen noch den europäischen Tarifvertrag als Schreckgespenst betrachten, dann ermißt man, wie weit der Weg noch ist.

Angesichts der Erfahrungen der gegenwärtigen Krise muß man die Europäische Währungsunion mehr und stärker wollen als je zuvor. Aber man muß auch klarer sehen, was diese Union sein wird: keine Spielwiese für Notenbankpräsidenten, sondern ein gemeinsamer wirtschaftlicher und politischer Entscheidungsraum, der uns alle umfaßt und den wir zielstrebig zu gestalten haben.

(-/wr/1.9.1971/bgy)

NATO wünscht schnelle Regelung

Vor den innerdeutschen Verhandlungen besonderer Art

Wenige Tage nach dem letzten Treffen des Berliner Senatsdirektors Ulrich Müller mit seinem Ostberliner Gesprächspartner, dem Staatssekretär im DDR-Außenministerium, Günter Kohrt, und kurz vor der Paraphierung der Rahmenübereinkunft für eine befriedigende Berlin-Regelung durch die vier Botschafter verdichten sich die Überlegungen über den Fortgang der deutschen Kontakte. Im Prinzip geht man in Berlin davon aus, daß schon am 6. September Senatsdirektor Müller mit seinem DDR-Gesprächspartner Kohrt in Westberlin und Staatssekretär Egon Bahr mit dem DDR-Unterhändler Dr. Michael Kohl in Bonn zusammentreffen, um im Auftrag der drei Westmächte mit den Verhandlungen beider deutscher Staaten über die technischen Details der angestrebten Berlin-Regelung zu beginnen. Die Verhandlungen werden kurz, aber hart sein. Doch die sehr detaillierte Rahmenvereinbarung der Alliierten hat den Spielraum der deutschen Verhandlungen begrenzt. Details über die Zufahrtsmodalitäten und den innerstädtischen Verkehr in Berlin sind bereits festgelegt, wodurch für die deutschen Unterhändler mehr oder weniger nur die Einigung über die administrative Handhabung bei der Durchführung der alliierten Bestimmungen übrigbleibt.

Die von Staatssekretär Bahr mit Dr. Kohl zu führenden Verhandlungen stehen im übrigen kaum unter Zeitdruck. Anders ist es bei den Erörterungen über den innerstädtischen Verkehr in Berlin, zumal Weihnachten vor der Tür steht, das mit einer Besuchsmöglichkeit der Westberliner in Ostberlin verbunden sein sollte. In diesem Zusammenhang erhebt sich die Frage, ob die Gesamtregelung noch bis Anfang Dezember unter Dach und Fach gebracht werden kann oder ob die Unterhändler Ulrich Müller und

Günter Kohrt eine Möglichkeit suchen müssen, die als befristete Sonderregelung zu Weihnachten für Besuchsgelegenheiten im anderen Teil der Stadt sorgt. Angesichts der in der letzten Phase der Botschaftergespräche von dem sowjetischen Botschafter Pjotr Abrassimow an den Tag gelegten Kompromißbereitschaft vermag in Berlin keiner zu glauben, daß die DDR bei den Verhandlungen über die technischen Details das Tempo auf dem Wege zu einer Berlin-Regelung drosseln kann.

Die neuerdings von der Opposition in Bonn aufgeworfene Frage, ob der Senat von Berlin angesichts dessen, daß die Sowjetunion die außenpolitische Vertretung Westberlins durch die Bundesrepublik akzeptiert habe, überhaupt noch berechtigt sei, als Verhandlungspartner mit der DDR aufzutreten, findet Antwort mit dem Hinweis auf die Passierscheinverhandlungen früherer Jahre, bei denen der Senat von Berlin im Auftrage der drei Berliner Schutzmächte tätig geworden war. Dies ist auch jetzt der Fall, wenn Senatsdirektor Ulrich Müller über eine innerstädtische Besuchsregelung verhandelt, die Bestandteil der Berlinvereinbarung der für Berlin verantwortlichen Großmächte sein soll. Im Übrigen sind nicht nur die Verhandlungen über den innerstädtischen Verkehr, sondern auch die Kontakte zwischen Bahr und Kohl innerdeutsche Verhandlungen besonderer Art.

Das Tempo, mit dem die Rahmenvereinbarungen in den vier Hauptstädten der verhandelnden Mächte behandelt wurden, und das große Interesse des NATO-Rates an dem bisherigen Verlauf der Berlinverhandlungen deuten zweifelsohne darauf hin, daß eine schnelle Regelung gewünscht wird. Denn der Abschluß des gesamten Verhandlungs-Komplexes mit der Unterzeichnung des sog. final-acts durch die vier Botschafter wird das Signal sein für weitere Entspannungsaktionen in Europa.

(kkm/wr/1.9.1971/bgy)

### Erschreckendes Ergebnis

---

#### Umfrageergebnis unter berufstätiger Jugend alarmiert die Öffentlichkeit

Man gewinnt in zunehmendem Maße den Eindruck, daß das gegenwärtig gültige Jugendarbeitsschutzgesetz in vielen Unternehmen der Bundesrepublik nicht mehr als ein x-beliebiges Schaubild am vielzitierten "Schwarzen Brett" wert ist. Es hängt zwar für jedermann sichtbar aus, aber es hat im betrieblichen Ablauf keinerlei Tiefenwirkung. Allein in einem der letzten Jahre wurden von den zuständigen Gewerbeaufsichtsbehörden rund 50.000 Verstöße gegen dieses Gesetz festgestellt, aber nur in etwa 2.500 Fällen schritten die Behörden gegen die Mißstände ein. Experten des Jugendschutzes veranschlagen dagegen die tatsächliche Zahl solcher Verstöße pro Jahr sogar auf etwa eine Million.

Zum letzten Mal wurde die Öffentlichkeit erst kürzlich durch das Ergebnis einer Fragebogenaktion des baden-württembergischen Arbeits- und Sozialministeriums alarmiert, in deren Rahmen rund 95 Prozent aller berufstätigen Jugendlichen sich zur beruflichen Wirklichkeit äußerten.

Das Resultat war erschreckend! Fast jeder zweite Jugendliche gab an, mehr als die gesetzlich zulässigen Arbeitsstunden abgeleistet zu haben. Mehr als neun oder zehn Stunden täglicher Arbeitsleistung waren dabei keine Seltenheit. Etwa fünf Prozent der Jugendlichen erhielten keinen Jahresurlaub, während rund zehn Prozent von ihnen nicht die täglich vorgeschriebenen Ruhepausen gewährt wurden. Für rund 4,5 Prozent der Jugendlichen begann die berufliche "Ausbildung" sogar bereits vor sechs Uhr morgens! Und ein besonders gravierendes Problem sind die gesetzlich vorgeschriebenen ärztlichen Untersuchungen. Die Nichteinhaltung entsprechender Arbeitsschutzvorschriften hatte zur Folge, daß etwa einem Viertel aller Jugendlichen nach ärztlichem Befund angeraten werden mußte, den Beruf zu wechseln.

"Lehrjahre sind keine Herrenjahre!" Das ist die zweifelhafte

These längst vergangener Zeiten, unter der auch heutzutage noch Ausbildung von vielen Unternehmern oder ihren Erfüllungsgehilfen mehr der weniger als Mittel zur Ausbeutung verstanden wird.

"Es ist unfassbar, wie wenig Lehrlinge von ihren Rechten wissen", klagte ein Berufsschulpfarrer auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Rheinland-Westfalen und er drückte aus, was heutzutage und hierzulande noch immer traurige Wahrheit ist: "Die Lehrlinge haben Angst, sie fürchten sich, für ihre Rechte einzutreten, weil sie in der Abhängigkeit vom Lehrvertrag mit Schickanen bei der Arbeit, in der Beurteilung ihrer Leistung und ihres Betragens rechnen".

Man könnte es sich einfach machen und die Verantwortung auf einen Schuldigen wälzen: den Staat. Und in der Tat, die Kontrollorgane des Staates, die dafür zuständigen Gewerbeaufsichtsämter haben bisher vielfach versagt und sind auch gegenwärtig kaum in der Lage, alle Mißstände dieser Art aufzudecken und strafrechtlich zu verfolgen. Sie leiden unter geradezu chronischem Personalmangel. Doch mit dieser Entschuldigung dürfen sie fraglos nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Wirksamer könnte dem inzwischen längst reformbedürftigen Jugendarbeitsschutzgesetz jedoch Geltung verschafft werden, wenn sich die ausbildenden Unternehmen selbst mehr darum kümmern würden. Dies ist jedoch offenbar nicht der Fall. Im Gegenteil, vielen von ihnen scheint Profitstreben bei der Lehrlingsausbildung immer noch wichtiger. Der Lehrling wird zur billigen Arbeitskraft.

Der DGB plant in Kürze die Veröffentlichung eines "Weißbuches" über die Lehrlingsausbildung. Er fordert nachdrücklich eine Reform des Jugendarbeitsschutzgesetzes, verstärkte Bestrafung bei Verstößen und erhöhte Kontrollfunktionen. Dem ist nichts hinzuzufügen. Zehn Jahre Jugendarbeitsschutzgesetz haben bewiesen, daß es mehr als bloßer Vorschriften bedarf.

(wb/wr/1.9.1971/ks)